

Wie ist das eigentlich mit der Stromsteuer?

Die Energiepreise kennen seit einiger Zeit nur noch einen Weg: steil nach oben. Darunter leiden zunehmend auch die Verkehrsunternehmen. Vor diesem Hintergrund fordert die EVG ein spezielles Entlastungspaket für Verkehrsunternehmen.

Ein paar Zahlen zur Entwicklung der Strom- und Dieselpreise:

- Der Strompreis wird nach einem komplizierten Mechanismus an der Strombörse gebildet. 2021 betrug der durchschnittliche Börsen-Strompreis 88€ pro Megawattstunde. In diesem Jahr liegt er im Schnitt bei 197€. Das ist ein Anstieg von 124%.
- Diesel kostete laut ADAC 2021 im Durchschnitt 1,39€ pro Liter, 2022 liegt der Durchschnittspreis bei 1,94€, das ist ein Anstieg um 40%.
- Benzin kostete 2021 im Schnitt 1,52€ pro Liter, in diesem Jahr im Schnitt 1,88€. Hier beträgt die Teuerung 24%.

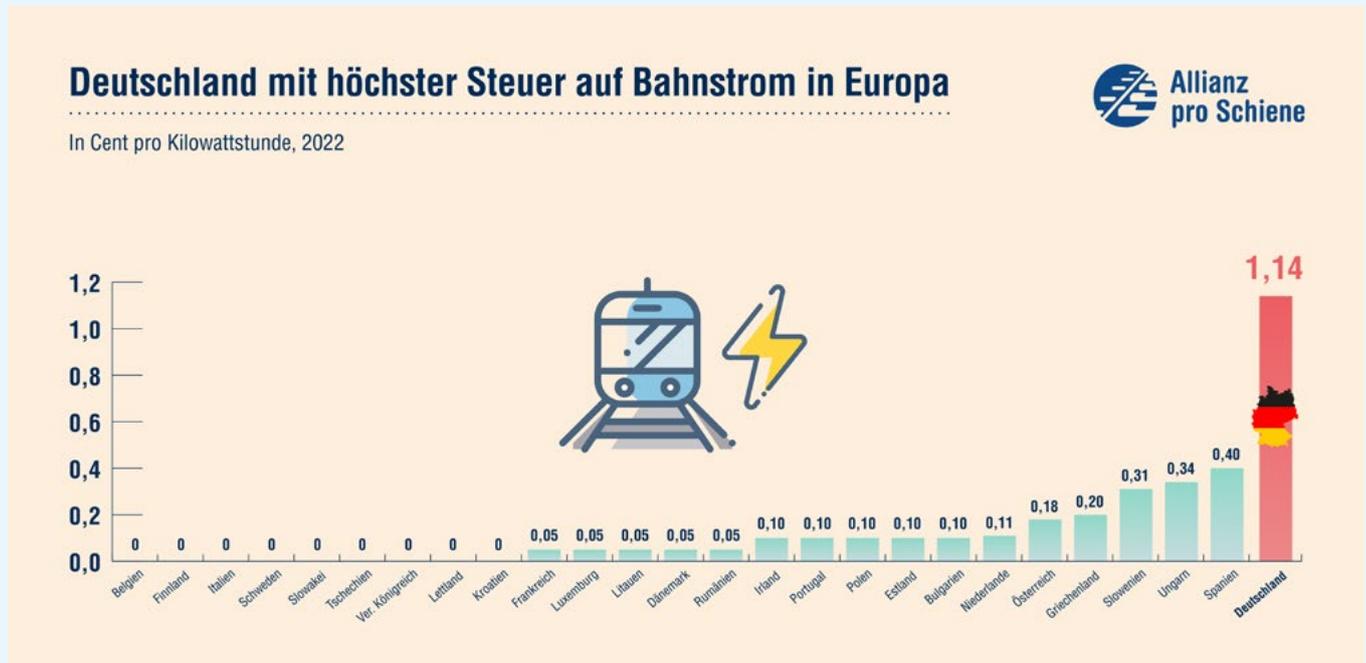
Verkehrsunternehmen spüren die Steigerung mit etwas Verzögerung, da sie ihren Strom im Voraus kaufen. So sichern sich die Unternehmen gegen Preissteigerungen ab, zahlen aber umgekehrt drauf, falls der Preis fallen sollte. Nach dem Auslaufen des Vertrages muss dann der neue Preis bezahlt werden – und auch hier ist die Entwicklung eindeutig, wie die folgende Grafik zeigt:



(Quelle: Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e.V., BDEW. Stand: Juli 2022. Der BDEW erstellt solche Übersichten 3-4 Mal im Jahr.)

Gleichzeitig leistet sich Deutschland die europaweit höchste Stromsteuer für Bahnen und E-Busse! Sie beträgt 1,14 Cent pro Kilowattstunde. Zum Vergleich: Manche Länder besteuern den Bahnstrom mit nur

0,05 Cent pro Kilowattstunde, viele andere erheben gar keine Steuer auf Bahnstrom. Der Vergleich der Allianz pro Schiene fällt eindrücklich aus:



(Quelle: Allianz pro Schiene)

Vor diesem Hintergrund fordert die EVG ein spezielles Entlastungspaket für Verkehrsunternehmen:

- Wir fordern eine Strom- und Dieselpreisbremse für Bahnen und Busse!
- Die Stromsteuer für Bahnen und E-Busse muss abgeschafft werden! Das ist auch relativ schnell umsetzbar: Da sie eine reine Steuer des Bundes ist, müssen die Länder nicht beteiligt werden.
- Bund und Länder müssen das 49-Euro-Ticket finanzieren, zusätzliche Mittel für mehr Angebote im SPNV und ÖPNV bereitstellen und die Verkehrsunternehmen bei den Energiekosten entlasten! Nur so kann die sozial-ökologische Verkehrswende gelingen!